

unsere Chance

€ 1-

Solidaritätspreis: € 2-

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

SPÖ IM DIENSTE DES KAPITALS VON WIRTSCHAFT UND ÖVP VORGEFÜHRT

Nachdem die Politik der Schwarz-Blauen Koalition von 2000 bis 2006 in vielen Bundesländern und dann auch auf Bundesebene vom Wähler abgestraft wurde, verliert die SPÖ-Kanzlerpartei in Umfragen und in Bundesländerwahlen enorm, legt die FPÖ wieder zu. Genüsslich reiben sich die Bürgerlichen aller Farben die Hände und lenken von ihrer eigenen unsozialen Politik ab.

Die Ursachen dafür sind die Missachtung des Wählerwillens, der Bruch praktisch aller SPÖ-Wahlversprechen, wie Eurofighterausstieg, keine Studiengebühren, und der jetzige, praktische Gleichklang mit der ÖVP und der Wirtschaftsseite in Sachen der Pensions- und Gesundheitspolitik, oder in der Frage der ersatzlosen Abschaffung der Erbschaftssteuer oder der Halbierung des Einkommenssteuersatzes von 5 % auf 2,5 % für Privatsittungen, im Nachgeben gegenüber der ÖVP bezüglich Umfang und Zeitpunkt einer Steuerreform oder im Stillhalten bei den jüngsten Privatisierungs- und Ausverkaufsvorhaben bei Post, Telekom und AUA. Gewinner, finanziell wie politisch: die Unternehmerseite. Die Verlierer: die arbeitenden Menschen, deren enorm gestiegene Lebenshaltungskosten weder durch erhöhtes Kilometergeld, noch durch erhöhtes Pendlerpauschale, noch durch die so genannte Teuerungsabgeltung ausgeglichen werden, weil die Inflationsrate und die Steuerprogression alles mehr als wegfrisst.

STRABAG ODER PORR?

Vom Wahlverlierer ÖVP getrieben und vorgeführt, klammert sich die SPÖ weiter an Kanzleramt und Koalitionsteilhabe. Statt die SPÖ-Politik zu ändern, wird – wie oft schon eigentlich – von schlechter Kommunika-

tion usw. geredet – und jetzt eine Personaldebatte geführt. Damit wird aber erst recht von den obigen Belastungen für die arbeitenden Menschen abgelenkt und nichts am eingeschlagenen Kurs geändert. Es droht sogar eine noch engere Anbiederung an die Wirtschaft. Denn was bedeutet, Faymann gegen Gusenbauer als SP-Vorsitzenden zu tauschen? Wer hat dann das Sagen in der



inhaltlichen Ausrichtung der SPÖ? Jetzt zählt der "Liberale" Baulöwe und Strabag-Chef Haselsteiner neben Androsch (über SPÖ-Arbeiterstimmen zum Finanzminister geworden und dann zum Unternehmer mutiert) und Vranitzky (Strochnachs Magna Aufsichtsrat) zu Gusenbauers Einflüsterern. Faymann, in der Wiener SPÖ und als Wiener Bau- und Wohnungstadtrat groß geworden, in der Bürgermeister Häupl mit dem früheren Wirtschaftskammerpräsident Nettig eine "Realkoalition" bildete, ist eng mit der

Baulobby verbandelt und wird von der Kronenzeitung (Zeitung des deutschen WAZ-Konzerns), aber auch der "Presse" (Zeitung der Industriellenvereinigung) hofiert. Herren der Bau-firma Porr hat er einflussreiche Posten in Asfinag und ÖBB zugeschanzt. Ihm wird nachgesagt, so "Presse" und "Kronenzeitung" einmal einhellig, "dass er mit der Wirtschaft sehr gut kann". Besser als Gusenbauer. Die ÖVP hätte derzeit noch gerne Gusenbauer an der SPÖ-Spitze und als Kanzler, weil sie glaubt, so von ihrem eigenen Unvermögen abzulenken und bei Wahlen bessere Karten zu haben. In der Hoffnung, so bei Medien und den Mächtigen Wirtschaftlern im Land gute Karten zu haben, geben die SPÖ-Spitzen den Kapitalinteressen weiter nach. Für die arbeitenden Menschen, im speziellen für die SPÖ-Wähler, das bedeutet aber nur, vom Regen in die Traufe zu gelangen.

EIN ANDERER WEG WIRD VERLANGT UND IST MÖGLICH

In Deutschland etwa ist bei den letzten Wahlen ein deklariertes Linksbündnis angetreten und hatte erheblichen Erfolg. In Österreich hat 2006 die SPÖ trotz Gusenbauer unerwartet die ÖVP geschlagen. Ein Drittel der Österreicher lehnen laut Umfragen den Kapitalismus dezidiert ab. Ex-AK-Präsident Dinkhauser gewann in Tirol mit "sozialde-

mokratischen“ Themen 18 % der Stimmen. Gleichzeitig wenden sich – etwa auch bei Wahlen – immer mehr Menschen von der etablierten Politik ab; Wahlbeteiligung von 60 Prozent z.B. in Tirol.

Ersteres, die Gewinne von Linksparteien oder solchen, die linke Forderungen in ihren Programmen haben, zeigen, dass die Menschen eine andere Politik wollen. Zweiteres, die Abwendung von ihnen nach ein paar Jahren, oder die zunehmenden Wahlenthaltungen zeigen, dass sich die arbeitenden Menschen durch die betriebene Politik immer weniger vertreten fühlen, weil sie trotz aller voran gegangenen Versprechungen den Großen gibt und den Kleinen nimmt.

In Österreich macht die SPÖ praktisch alles, was die ÖVP als direkter Handlanger des Kapitals verlangt, um in der Regierung zu bleiben. Und der ÖGB, durch die BAWAG-Machinationen bei den Mitgliedern geschwächt, sucht seine Gesundung nicht in der offensiven Hinwendung zu den arbeitenden Menschen, sondern will das Überleben seiner Spitzenfunktionäre dadurch sichern, dass er sein Heil in einem noch engeren Zusammenrücken mit der Wirtschaftsseite sucht. Jüngste Beispiele dafür sind die „Sozialpartner“-Einigungen bezüglich der Arbeitszeit oder bei der Gesundheitsreform. Die „Arbeitszeitreform“ beschert den Beschäftigten weniger Geld (Streichung von Überstundenzuschlägen durch Ausdehnung der Durchrechnungszeit) und mehr Arbeit (auf Abruf). Die „Gesundheitsreform“ wiederum bedeutet einen weiteren großen Schritt in Richtung Zerschlagung der Sozialversicherung und hin in Richtung Privatisierung und Verschlechterung und Verteuerung der Gesundheitsversorgung für die Patienten.

Die Regierungsspitze und alle Parteioberen betreiben Elitenpolitik. Auch die Gewerkschaftsspitzen fallen den Menschen immer mehr in den Rücken (siehe oben), in der (falschen) Hoffnung, selbst von

den Wirtschafts- und Mediengranden geschont zu werden und in ihren Ämtern überdauern zu können. Daher gilt für uns arbeitende Menschen: keine falsche Zurückhaltung, keine Schonung für „unsere“ Vertreter, sei es in Partei oder Gewerkschaft, wenn sie gegen unsere Interessen handeln und vorgeben, dass es im Sinne der Erhaltung der Koalition oder der Sozialpartnerschaft nicht anders ginge.

UNSERE CHANCE

Die einzige Chance für uns arbeitende Menschen besteht darin, dass wir uns selbständig und gemeinsam zusammenschließen und aktiv werden. Zum Beispiel in der Art, dass sich BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, in AK und ÖGB ehrenamtlich Tätige an der Basis untereinander vernetzen und so unabhängig von ihren jeweiligen „Führern“ einen Gegenruck aufbauen, der die Menschen unten versammelt, sie zur aktiven Teilnahme ermutigt und so zu einem öffentlichen Ausdruck für die Anliegen und Interessen der arbeitenden Menschen wird, der gleichzeitig die etablierten Institutionen wie AK oder ÖGB zwingt im Interesse ihrer Mitglieder zu handeln.

Andernfalls werden wieder „neue Führer“ a la Strache & Co mit „sozial“ angehauchten Parolen die Ohnmacht der Menschen ausnutzen, ihre berechtigten Wünsche und Forderungen in Worten aufgreifen, vorgeben für die Menschen einzutreten, in der Tat aber waschechte rechte Politik machen, d. h. eine Politik, die letztendlich nur der Unternehmerseite und für den eigenen Postenerhalt dient, wie es ja schon Haider vorexerziert hat.

Was macht die Wirtschaftsseite – diese absolute Minderheit im Land? Sie drohen z.B. mit Abwanderung vom Standort Österreich, betreiben Lobbying in kleinen, erlauchten Kreisen, üben Druck auf die von den Menschen gewählten Vertreter aus, der ihrer wahren Größe nicht entspricht. Sie denken: die Menschen können zwar wählen, wir

aber bestimmen durch direkte und indirekte Einflussnahme auf die Entscheidungen, wie und in welche Richtung die Politik für die Kapitalinteressen zu gehen hat.

So klaffen Realität und Propaganda auseinander: Uns wird via Medien und Politikeliten gesagt, dass wir alle paar Jahre via Parlamentswahlen entscheiden könnten, wohin die Politik geht. Doch wie man immer deutlicher sieht, ist nach den Wahlen alles anders: Es zeigt sich immer mehr: Geht's den Menschen schlecht, geht's der Wirtschaft gut! Es geschieht, was Konzerne, Banken, Lobbys, und von ihnen beeinflusste oder abhängige Parteigranden wollen – oft und immer mehr mit Hilfe der EU.

UNSERE STÄRKE

Wir, die arbeitenden Menschen, sind viele, wir schaffen, d. h. erarbeiten alle Werte. Wir, nicht die Wirtschaftsvertreter, die viel von „Verantwortung tragen“ reden, halten die Wirtschaft in Schwung. Wir arbeitenden Menschen sind die absolute Mehrheit im Land, machen 90 % der Bevölkerung aus, finanzieren mit unseren Steuern die zahllosen höchstbezahlten Posten von Direktoren, Vorständen, Aufsichtsräten und den gesamten Staatsapparat, die uns dann über die ebenfalls von uns bezahlten Medien ausrichten, was für uns gut sein soll, was wir zu tun oder zu lassen hätten. Solange wir widerspruchslos mitspielen, legt dies das Establishment als Bestätigung ihrer Politik aus. Passiv verweigern schon viele Menschen durch ihre Wahlenthaltung den Eliten in Wirtschaft und Politik die Gefolgschaft. Nichtwählen alleine genügt nicht. Schalten wir uns ein – jede und jeder wo sie oder er kann.

Wir haben keine Wahl: Setzen wir dem undemokratischen außerparlamentarischen Lobbyismus der Kapital- und Machteliten eine demokratische außerparlamentarische Opposition von unten entgegen!

ANFANG VOM ENDE DER SOZIALVERSICHERUNG

Wer reich ist, kann sich Gesundheit weiter leisten, wer arm ist, für den wird Gesundheit immer weniger leistbar.

KASSEN-DEFIZIT – URSACHE FÜR DIE „REFORM“?

Das Defizit der Krankenkassen wird als Grund für die Reform genannt. Das so genannte Defizit über die Jahre kam und kommt dadurch zustande, weil die Kassen seit Jahren ausgehungert werden, während z.B. die Pharmaindustrie weiterhin steigende Gewinne schreibt.

So ist ja auch der Anstieg der Medikamentenausgaben von 1,97 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf knapp 2,82 Milliarden Euro im Jahr 2007 neben den Spitalskosten der größte Brocken für die Verteuerung. Außerdem: Die Unternehmen schulden den Krankenkassen 1 Milliarde Euro! Es gäbe also kein Kassendefizit, das Ende 2007 ca. 400 Millionen Euro ausmachte. Doch darüber wird gar nicht geredet - die Profite sind tabu!

Die Beiträge zur Sozialversicherung erfolgen weiterhin auf Basis der Beschäftigten, die immer weniger werden, jedenfalls immer weniger verdienen, so dass die Beiträge sinken. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Firmen durch die immer weniger entlohnte Arbeit der Menschen. Daher wäre schon längst eine Wertschöpfungsbesteuerung nötig, ebenso eine Bemessung der Krankenkassenbeiträge auf Basis der Wertschöpfung! Es gäbe kein Kassendefizit! Doch die Profite der Firmen, die die arbeitenden Menschen erwirtschaften, sind tabu!

MEHR MACHT FÜR DIE UNTERNEHMER ZUM SCHADEN DER VERSICHERTEN

Kaum geredet wird auch davon, dass der Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HV), in dem schon durch die Schwarz-Blaue Regierung von 2000 - 2006 die Wirtschaftsseite

verstärkt Einzug fand, nunmehr zu einer Holding werden soll, in deren Kontrollgremien nicht mehr die ArbeitnehmerInnen, die ja die Beiträge erwirtschaften und zahlen, bestimmen, sondern in Zukunft "Parität" zwischen den Unternehmer- und den Arbeiter- und AngestelltenvertreterInnen geben soll. Doch das ist eine Augenauswischerei sondergleichen: So stehen über 3 Millionen ArbeitnehmerInnen gerade mal rund 300.000 Unternehmer gegenüber. Das wahre Verhältnis ist 90% :10% für die Arbeitnehmer! Doch jetzt sollen die Unternehmer 50% Einfluss bekommen und können alles, was wichtig für die arbeitenden Menschen ist, die ja auf soziale Leistungen angewiesen sind, blockieren oder Druck ausüben, einen "Kompromiss" herzustellen.

Der Spitalbereich mit seinen Doppelgleisigkeiten, seinen Primärärzteregeleungen usw. ist völlig aus der Debatte und aus der Reform ausgeklammert. Angesetzt wird bei den Versicherten unten. Wer reich ist, kann sich Gesundheit weiter leisten, wer

arm ist, für den wird Gesundheit immer weniger leistbar.

Die jetzt hochwogende Debatte ob die Ärzte oder die Apotheker, die Medikamente auswählen, soll zur Patienten- und Versicherten-Verunsicherung beitragen und von den genannten wirklichen Absichten ablenken. Zudem wird verschwiegen, dass die Medikamentenauswahl durch die Apotheken noch mehr elektronische Erfassung der Versicherten bedeutet. Die Abgabe von Generika kann ja auch der Arzt durch die Kassen vorgeschrieben werden. Weiters ist laut EU in einigen Jahren die Freigabe des Medikamentenmarktes vorgesehen (Stichwort: Medikamente aus dem Supermarkt).

WARUM DAS GANZE?

Bei der Sozialversicherung geht es in Summe um ein Volumen von rund 40 Milliarden Euro (550 Milliarden Schilling) jährlich! Dieser Bereich ist derzeit noch dem Zugriff der privaten Versicherer und so genannten privaten Gesundheitsanbieter entzogen. Deshalb wollen



BEINBRUCH FÜR REICHE...



UND FÜR ARBE.

die Unternehmer und ihre politische Lobby diesen Bereich für ihre Geschäftsinteressen öffnen. Nachdem das in den vergangenen Jahren durch offene Angriffe nicht gelang, soll nun sozusagen die Burg von innen genommen werden. Wie? Indem der Hauptverband (HV) zu einer Holding und die Unternehmervertreter darin massiv aufgewertet werden und durch die Fifty-Fifty-Regelung mehr denn je ihre Interessen durchdrücken werden. Der HV hat ein Durchgriffsrecht auf die einzelnen Kassen und überdies ist geplant, so genannte "eigene Einrichtungen", also Kassen-Ambulatorien, IT-Bereiche bis hin zu Spitälern oder Teile von Spitälern auszugliedern oder zu schließen.

Die bestehende Sozialversicherung – die sicherlich im Interesse der Versicherten und zur Abschaffung von Doppelgleisigkeiten – verbesserbar ist,



die so genannte Pflichtversicherung ist wesentlich billiger als die privaten Versicherer (Versicherungspflicht). Haben die Sozialversicherungen Verwaltungskosten von 2 bis 3% so sind es bei den Privaten (siehe Schweiz) jedenfalls zwischen 10 und 25 %, manchmal sogar mehr, weil ja mehrere Anbieter am Markt mehr Direktorenposten, mehr Werbung für den Verdrängungskampf bedeuten.

AKTIV GEGEN DIE "GESUNDHEITSREFORM"!!!

Die Plattform proSV - keine Zerschlagung der Sozialversicherung - ist ein Netzwerk, das seit 2001 besteht. Wir haben gegen die Angriffe auf unser Sozialsystem 2001 an die 60.000 Unterschriften und 2004 weitere 10.000 Unterschriften gesammelt und als Protest kund getan.

Die jetzige Gesundheits"reform" bedeutet die beschleunigte

Fortsetzung der gezielten Zerschlagung des Sozialversicherungssystems: mit weniger Versorgung, mehr Selbsthalten und teurerer Gesundheitsleistung für die Masse der Menschen.

Das Netzwerk proSV ist bereits aktiv geworden unter Beschäftigten, BetriebsrätInnen und Versicherten. Gegen diesen neuerlichen Angriff sammeln wir erneut Unterschriften und vernetzen Beschäftigte, BelegschaftsvertreterInnen und Versicherte zu gemeinsamen Aktionen.

Wir können jede Unterstützung und jede/n UnterstützerIn gegen diese Angriffe brauchen und rufen zur aktiven Mitarbeit auf. Interessierte melden sich bitte unter 0650 830 7 830 oder unter proSV@akis.at

Unterschriftenliste - siehe nächste Seite

Mehr zum Thema Gesundheit und Sozialversicherung unter:

proSV - Plattform: Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

Homepage:

<http://prosv.akis.at>

E-Mail:

proSV@akis.at

PENSIONS-AUTOMATIK – PURER ZYNISMUS!

War es nicht einmal das Ziel sozialdemokratischer Politik, eine längere Lebenserwartung für die arbeitenden Menschen zu erreichen und gleichzeitig die notwendige Erwerbsarbeit zu verkürzen? Jetzt wird mit SPÖ-Hilfe die Tages- Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängert, schlechter bezahlt und länger Leben bestraft! Vorwand: die Propagandalüge von der Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems. Doch der Beitrag des Bundes zur Pensionsfinanzierung hat sich seit Jahren nicht erhöht und liegt bei ca. 3 % des BIP, zahlen wir unsere Pensionen zu 97 % selbst. Viele bekommen die Einzahlungen gar nicht heraus, z. B. viele Metallarbeiter, deren Lebenserwartung im Schnitt bei bloß 65 Jahren liegt! Zudem zeigen neueste Studien (USA, GB), dass die Lebenserwartung durch Stress oder Umwelteinflüsse nicht mehr steigt. Ziel der zynischen Angstmache und des Hinaufsetzens des Pensionsantrittsalters: Steigerung der Profite der vor allem privaten Versicherer!

STIFTUNGSRECHT NEU: NOCH MEHR STEUERGESCHENKE FÜR REICHE

Die rund 3.000 Stiftungen mit insgesamt rund 90 Milliarden Euro, also mit einem Vermögen von durchschnittlich 30 Millionen Euro je Stiftung (!), können sich freuen. Der Eingangssteuersatz wird von 5% auf 2,5% gesenkt. Wer früher 5% zahlen musste, kann diese nun über 20 Jahre verteilt auf die Körperschaftsteuer anrechnen. Zudem kann in Zukunft so genanntes Substanzvermögen völlig steuerfrei, d.h. ohne Nachversteuerung, aus den Stiftungen entnommen werden. De facto heißt das, dass die Reichsten der Reichen praktisch keine Steuer mehr zahlen müssen, während Normalsterbliche ab ca. 1.000 Euro brutto im Monat einen Eingangssteuersatz von 38% haben. Bei normaler Versteuerung des Stiftungsvermögens hätte der Staat somit in den Jahren seit Einführung der Stiftungen aufgerechnet in Summe zwischen 35 und 45 Milliarden Euro erhalten. So werden die Staatskassen mutwillig mit Hilfe der SPÖ zugunsten der Reichen geplündert, gleichzeitig die angebliche Unfinanzierbarkeit von Pensions- und Gesundheitssystem beklagt und die arbeitenden Menschen mit Brosamen à la jüngster „Teuerungsabgeltung“ abgespeist.

NEIN ZUR EU-AUFRÜSTUNG - NEIN ZUM KRIEG

2005 wurde durch das NEIN der befragten Holländer und Franzosen zur EU-Verfassung und durch die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung in den anderen EU-Ländern, die nicht gefragt wurde, die EU-Verfassung zu Fall gebracht. Doch der Wille der Menschen in der EU wurde von den Oberen weiterhin nicht respektiert. Nun wurde, als 2. Aufguss, im Oktober 2007 der EU-Vertrag beschlossen. Der Inhalt ist zu 95 % identisch mit der EU-Verfassung. Es wurde kein Volk in Europa mehr dazu befragt; abgesehen von Irland. Die meisten Regierungen in der EU haben diesen Vertrag bereits ratifiziert.

IRLAND SAGT NEIN

Als am 12. Juni in Irland die Bevölkerung bei der Abstimmung den Vertrag mehrheitlich ablehnte, erklärten die Spitzen der mächtigsten EU-Länder, Frankreichs Präsident Sarkozy und Deutschlands Kanzlerin Merkel unter Missachtung der Demokratie prompt, dass die Ratifizierungsverfahren der Mitgliedsstaaten fortgesetzt werden sollen und dass ein Weg gefunden werden muss, den Vertrag in Kraft zu setzen. EU-Kommissionspräsident Barroso sagte, „der EU-Vertrag ist am Leben.“

Zum Unterschied von Irland hat die österreichische Regierung, wie die meisten Regierungen in Europa, die Bevölkerung ebenfalls gar nicht erst gefragt und den Vertrag bereits im Mai 2008 ratifiziert, obwohl 80 % der Österreicher schon 2005 gegen die EU-Verfassung und für die Beibehaltung der Neutralität waren.

EU WILL MILITARISIERUNG FORTSETZEN

Der wichtigste Inhalt des Vertrages ist die Militarisierung der EU. Der Vertrag ermöglicht Militärinterventionen überall auf der Welt und macht die EU-Außen- und Sicherheitspolitik (= Angriffspolitik) zur Sache eines Exekutivrates. Die geschaffenen Gremien, u. a. der Rat, entziehen die gesamte Außen- und Sicherheitspolitik der „rechtsstaatlichen“ Kontrolle und es wird die

EU-Außenpolitik über einen sog. europäischen „Außenminister“ zunehmend zu einer Militärpolitik. Der „Reformvertrag“ entzieht sowohl den Mitgliedsstaaten sämtliche Entscheidungen bezüglich Krieg und Frieden, als auch dem EU-Parlament, das nur angehört werden kann. Entscheidungen trifft nur der Rat.

Unter der Führung von Deutschland und Frankreich geben sich die EU-Staaten eine neue offensive Armee, die den EU-Großmächten Angriffskriege ermöglicht und ihnen auch militärisch Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss verschaffen soll. Die EU-Großmächte rüsten in den letzten Jahren in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA ebenfalls massiv auf.



Die größten europäischen Rüstungskonzerne steigern auch dadurch ihre Umsätze von Jahr zu Jahr. Ihre Geschäfte blühen: BAE Systems (Großbritannien mit 23 Milliarden Umsatz 2006) ist schon der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt, Finmeccanica (Italien mit knapp 10 Milliarden) der siebentgrößte und EADS (deutsch/französisch/italienisch mit 9,5 Milliarden Umsatz), der achtgrößte Rüstungskonzern der Welt. Die deutschen Militärausgaben steigen z. B. seit 2006 kontinuierlich bis auf knapp 30 Milliarden Euro 2008. Überdies ist Deutschland mittlerweile schon der drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern in der Welt.

EU-RÜSTUNGSINDUSTRIE

Am 14. Mai 2007 einigten sich die EU-Verteidigungsminister auf eine Strategie zu einer weiteren Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie. Auch Österreich unterzeichnete das Programm für „militärische Si-

cherheitsforschung“. Auch die Kosten für das Satellitennavigationssystem „Gallileo“, 4 Milliarden Euro, die ursprünglich private Investoren aufbringen sollten, werden nun von den EU-Staaten, d. h. von uns direkt getragen.

Die neue offensive Euroarmee soll die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der europäischen Großmächte gegen die USA vertreten. Im Nahen Osten, Zentralasien und Afrika sollen dafür nun auch Österreicher kämpfen und sterben gehen. Das aktuellste Beispiel: Österreichs Soldaten wurden in Kriegsgebiete in den Tschad geschickt!

Die neuen EU-Schlachttruppen, genannt battle troops, sind kampffähige Einheiten als Teil einer neuen EU-Interventionsarmee! Diese soll im Endausbau insgesamt 60.000 Mann umfassen! Sie soll zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 4.000 km rund um die EU in der Lage sein.

ÖSTERREICH MACHT MIT

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die letzten Jahr angekauften Eurofighter. Das sind Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für „Kampfeinsätze im Europäischen Verbund“, mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs und damit wäre die Neutralität ausgelöscht. 80 % der Österreicher sind jedoch nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität! Deswegen geben sich sowohl Darabos und Gusenbauer als auch ein Teil der ÖVP-Spitze nach wie vor als Verteidiger der Neutralität aus, obwohl sie an deren völligen Abschaffung arbeiten! Sie geben unsere Steuermilliarden für die Aufrüstung für die nächsten Kriege aus und wollen uns das Sparen vorschreiben!

RÜSTUNG UND KRIEG: „MOTOR DER WIRTSCHAFT“

Unter dem Titel „Das große Geld mit dem Krieg“ schrieb „die Presse“ (6.8. 2007), dass die USA 2006 ihr bisher höchstes Militärbudget von 529 Milliarden Dollar hatten (2007 bereits 547 Milliarden Dollar). Rechnet man dazu was andere US-Ressorts für „Sicherheit und Verteidigung“ ausgeben, z.B. das Heimatschutzministerium oder das Energieministerium, kommt man auf 987 Milliarden Dollar, berichtet „die Presse“ weiter. Und das alles ist noch ohne die Kosten für den Irak- und Afghanistankrieg! Inklusive dieser Kosten sind es geschätzte 1.500 Milliarden Dollar pro Jahr. Das hält die amerikanische Wirtschaft am Laufen und die Profite der US-Rüstungskonzerne steigen rasant an! 63 % der 2005 weltweit getätigten Militärverkäufe machten die US-Rüstungskonzerne, das waren ca. 210 Milliarden Dollar!

„Die Presse“ weiter: „Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft! „Die Presse“ meint das wohl nicht so, aber eigentlich sind diese Zeilen folgendermaßen zu verstehen: Die USA-Wirtschaft braucht Anschläge und Kriege!



DIE USA BRAUCHEN KRIEGE

Die USA brauchen Konflikte, kriegerische Auseinandersetzungen, sie braucht Rüstung und den Krieg, um ihre wirtschaftliche Schwäche wettzumachen, um sich im Konkurrenzkampf noch zu behaupten, um ihren Konzernen weiter und steigend ungeheuerere Profite zu ermöglichen, auch auf Kosten von Millionen von Toten. Weit her geholt? Die Fakten:

Die USA führen Krieg in Afghanistan und Irak, sie bedrohen neben dem Iran auch Syrien mit Krieg. Sie rüsten gegen Russland und China auf und errichten überall auf der Welt Stützpunkte, mittlerweile schon ca.1.000 und haben schon über 250.000 Mann Soldaten im Ausland stationiert, ohne die Truppen im Irak und Afghanistan. Die USA bedrohen, als Teil ihrer Weltherrschaftspläne die ganze Welt mit Kriegen!

FEINDBILD ISLAM

Als Vorwand für die Legitimierung ihres aggressiven Expansions- bzw. Kriegskurses brauchen die USA einen Feind, dazu wird heute hauptsächlich der „Islam“ hochstilisiert, abgesehen davon, dass die mörderische US-Politik, dieser Staatsterrorismus, Gegner dieser Politik heranzüchtet. Israel spielt in der Frage der Kriegstreiberei gegen islamische Staaten eine Vorreiterrolle, nun vorrangig gegen den Iran. Unter dem Vorwand, der Iran würde Israel vernichten wollen und bald auch dazu in der Lage sein, sagte vor kurzem der israelische Vizepremier und Verteidigungsminister Shaul Mofaz, dass die Bombardierung des Irans unvermeidlich sei!

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätsreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Einsenden an:

95/08

Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

IRAN - DAS NÄCHSTE KRIEGSZIEL?

Verschwiegen wird, dass die USA in fast allen Staaten rund um den Iran Stützpunkte haben bzw. Stützpunkte benutzen können, von wo aus Atomraketen auf den Iran gerichtet sind, und zwar in Saudi Arabien, dem Irak, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei und Oman. Zudem haben die USA schon vor zwei Jahren glaubwürdig versichert, dass sie den Iran jederzeit in die Steinzeit zurückbomben können. Insgesamt 2.000 der US-Atomsprengeköpfe können sofort, d. h. in 15 Minuten abgefeuert werden.

Der Iran, der laut ständiger Kontrolle der IAEA gar keine Atomsprengeköpfe besitzt, wäre selbstmörderisch, sich mit den USA anzulegen. Doch diesmal soll Israel diesen „Job“ übernehmen, dass ca. 200 Atomraketen besitzt .

Israel, das ohne die jährlichen US-Milliarden Dollar direkte Zuwendungen und Militärhilfe durch die USA sich seine Besatzungspolitik der besetzten Palästinensergebiete keinen Tag leisten könnte, soll somit wieder einmal seine Kettenhundfunktion für die Supermacht USA übernehmen.

Es geht also nicht um irgendeine Bedrohung durch den Iran. Die USA haben schon seit 2002 Pläne, dem Iran zu überfallen. Vor dem Irak- Krieg hieß es seitens des US-Verteidigungsministeriums, der Krieg gegen den Iran wäre wichtiger als gegen Saddam Hussein. Es geht darum ein Regime, das sich nicht den Interessen der USA unterordnet, auszutauschen, wegzubomben. Es geht um das iranische Erdöl und Erdgas und um den Einfluss in diesem Raum.



NEUTRALITÄT STATT KRIEGSTEILNAHME

Wegen der Profite der großen Konzerne werden wir in immer weitere, immer gefährliche Kriege hineingezogen! Die EU macht sich zum Handlanger für die nächsten US-Kriege und will selbst auch militärisch mitmischen um Macht und Einflusszonen. Und wir, die Menschen in Europa, wir sollen nach diesen Plänen wieder einmal als Kanonenfutter dienen.

Dagegen braucht es, sowie in Lateinamerika, auch in Europa eine starke Antikriegsbewegung. 95% der Menschheit sind gegen diese Kriege. Schließen wir uns zusammen. Treten wir gegen alle Kriegstreiber, auch gegen die bei uns im Lande, auf!

(aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, 2-08)

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267 + 000600000 >

004

40+